Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des **Ausschusses für Bau-, Raumplanungs-, Verkehrs- und Umweltangelegenheiten** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Dienstag, dem **29. Oktober 2019**, um 19.00 Uhr im Rathaus der Stadtgemeinde, Sitzungszimmer EG stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Obmann
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.05.2019
3. Ankauf Elektrofahrzeug (Bauhoffloh)
4. Bebauungsplan Marktstraße (Gasthof Traube)
5. Planungskostenbeitragsverordnung
6. Abbrennverbot von Silvesterfeuerwerken
7. Allfälliges

Anwesende:

2. Vizebürgermeister Ing. Josef Eder
Stadtrat Arno Wenzl
Stadtrat Stefan Jäger
GV Stefanie Brandstätter
GV Wolfgang Oberer
GV Benjamin Götzl
Stadträtin Carola Schößwender ab 19:50 Uhr
GV Mag.(FH) Hannes Danner ab 19:43 Uhr
GV Ing. Franz Peter Wimmer - Vertretung für GV Mag. Johannes Paradeiser

In beratender Funktion:
GV Mag. Peter Weissenböck
Bürgermeister Ing. Georg Djundja
GV Dietmar Prem bis 20:06 Uhr
GV Vitus Guido Maier

Weiters:
Wilfried Brandstätter ,Bauhofleiter, zu Top 3
Architekt Dipl.-Ing. Fritz Genböck , zu Top 4 (ab ca. 19.20 Uhr)
Dipl.-Ing. Georg Zeller , zu Top 4 (ab ca. 19.20 Uhr)
Dipl.-Ing. Dieter Müller

Entschuldigt abwesend:

GV Mag. Johannes Paradeiser

Schriftführerin: Lisa Marie Vörös

Es waren 8 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Obmann

Der Obmann Ing. Josef Eder begrüßt die Anwesenden zur 2. Sitzung des Ausschusses für Bau-, Raumplanungs-, Verkehrs- und Umweltangelegenheiten und eröffnet die Sitzung um 19.01 Uhr.

Die Tagesordnung ist fristgerecht zugestellt worden und der Obmann stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.05.2019

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Obmann den Antrag, **die Niederschrift des Bau-, Raumplanungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 15.05.2019 zu genehmigen**.

Offene Abstimmung (7 Ausschussmitglieder anwesend): Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Ankauf Elektrofahrzeug (Bauhoffloh)

Der Obmann Ing. Eder: Über einen Ankauf eines Bauhofflohs wurde bereits in der letzten Gemeindevertretersitzung gesprochen. Vor allem wurde intensiv darüber gesprochen, warum der Bauhof diesen Bauhoffloh benötigt. Über die Kosten wurde ebenfalls gesprochen.
Diesen Punkt erläutert der Leiter des Bauhofs Wilfried Brandstätter genauer. Er wird eine Übersicht über die Fahrzeuge des Bauhofs und deren Nutzen aufzeigen.

Bauhofleiter Brandstätter: präsentiert die Übersicht der 5 Angebote mittels Beamer (siehe Beilagen Ankauf Elektrofahrzeug (Bauhoffloh)).

Der Obmann Ing. Eder: Bei der letzten Gemeindevertretersitzung wurde darüber diskutiert, dass der alte Bauhoffloh schon lange in Gebrauch ist und ob diese Neuanschaffung ein adäquater Ersatz ist und ob sich der Tätigkeitsbereich des Bauhofs erweitert.

Bauhofleiter Brandstätter: Es kommen laufend neue Tätigkeiten dazu, vor allem aufgrund der Mehrflächen. Bei dem jetzigen Bauhoffloh ist keine Heizung vorhanden und wird im Winter ausschließlich zum Müll entleeren genutzt und ist somit bei Kälte für die Mitarbeiter kaum tragbar. Grundsätzlich ist der Gedanke als Stadtgemeinde Oberndorf ein Vorreiter zu sein und ein Elektrofahrzeug anzuschaffen. Natürlich sieht man bei den Angeboten, dass preislich ein großer Unterschied zwischen den treibstoffbetriebenen und den Elektrofahrzeugen ist.

Der Obmann Ing. Eder: Man hat aber auch einen Mehrwert, da zwei Mitarbeiter mitfahren können.

Bauhofleiter Brandstätter: Bei dem jetzigen Bauhoffloh kann nur ein Mitarbeiter mitfahren. Die gezeigten Fahrzeuge sind Zweisitzer, somit können zwei Mitarbeiter bestimmte Tätigkeiten mit diesem Fahrzeug ausüben.

Der Obmann Ing. Eder: Präsentiert die Bilder der 5 angebotenen Fahrzeuge mittels Beamer (siehe Beilagen Ankauf Elektrofahrzeug (Bauhoffloh)).

Der Obmann Ing. Eder: Über den Goupil G4 wurde bereits in der letzten Gemeindevertretersitzung gesprochen. Diskussion ist eröffnet.

Stadtrat Wenzl: Bitte um nochmalige Anzeige der Angebote.

GV Prem: In der Gemeindevertretersitzung haben wir ein Angebot eines Elektrofahrzeuges mit Kosten von € 43.000,00 präsentiert bekommen. Die Frage ist, ob dies das letzte Fahrzeug in der Reihe der Auflistung ist.

Der Obmann Ing. Eder: Berichtige, es sich handelt sich um das vorletzte Fahrzeug in der Auflistung.

GV Prem: Meine Frage ist, warum dieses jetzt mit € 40.800,00 aufgelistet ist.

Der Obmann Ing. Eder: Es ist seit der letzten Gemeindevertretersitzung nachverhandelt worden. Diese Auflistung der Preise ist der aktuelle Stand.

GV Weissenböck: Elektrofahrzeuge sind während des Betriebes günstiger als Fahrzeuge die mit Diesel und Benzin betrieben sind. Die Frage ist, ob sich die Mehrkosten der Investition amortisieren würden und ob es dazu irgendwelche Fakten gibt.

Bauhofleiter Brandstätter: Momentan haben wir keine Werte dazu, kann man auf alle Fälle bei Bedarf ausrechnen. Der Traktor benötigt in der Woche um die 50 Liter Diesel, da kommt sicher einiges zusammen.

Der Obmann Ing. Eder: Die Frage ist, mit welchen Fahrzeug aus unserem Fuhrpark das Elektrofahrzeug vergleichbar ist.

Bauhofleiter Brandstätter: Als Vergleich nehme ich den kleinen Gehsteigtraktor mit einem Verbrauch von 50 Litern in der Woche zum Ausleeren der Mistkübel und wie gesagt, dieser ist die gesamte Woche unterwegs. Wie jedoch die Kosten von einem Elektrofahrzeug mit Ladungen etc. sind, kann ich leider nicht beantworten.

Stadtrat Jäger: Servicekosten werden auf alle Fälle geringer ausfallen.

Der Obmann Ing. Eder: Man muss alle Faktoren berechnen, die Instandhaltung, Wartung und Service

Stadtrat Jäger: Als Klimabündnisgemeinde wäre es sicher auch ein gutes Zeichen, wenn wir ein Elektrofahrzeug anschaffen würden.

Der Obmann Ing. Eder: Es steht auf jedem Ortschild von Oberndorf „Klimabündnisgemeinde".

Stadtrat Wenzl: Bezüglich Klimabündnisgemeinde kann man sicherlich viele Dinge machen. Die Frage ist wie lange der Akku im Winter hält, wie lang die generelle Laufzeit ist und was eine Neuanschaffung des Akkus kostet. Das sind alles Faktoren die man mit einberechnen muss.

Stadtrat Jäger: Natürlich ist ein Elektrofahrrad günstiger in der Anschaffung, wie in der letzten Gemeindevertretersitzung von Stadtrat Wenzl erwähnt, aber mit einem Elektrofahrrad wird keiner fahren.

Der Obmann Ing. Eder: Bitte die heutigen Themen des Bauausschusses besprechen und nicht der letzten Gemeindevertretersitzung.

Stadtrat Wenzl: Ich denke, dass umfangreicheres Zahlenmaterial fehlt. Meiner Meinung nach, müssen solche Angebote mit einem Punktesystem bewertet werden. Man muss die Angebote direkt vergleichen und habe mir im Zuge dessen angesehen wie das andere Gemeinden handhaben. Zum Beispiel wird hier der Anschaffungspreis mit 50% und die Aufgaben und Tätigkeiten mit 40% bewertet. Die Mitarbeiter die dieses Fahrzeug verwenden, müssen Probefahren, diese für die Tätigkeiten nutzen und bewerten. Natürlich muss man auch die Servicekosten zum Beispiel mit 10% bewerten.

So wird das von vielen anderen Gemeinden gehandhabt, sie lassen sich diese Fahrzeuge kommen, bewerten diese mit dem Preis nach 50%, den Tätigkeiten mit 40% und 10% mit den erforderlichen Servicearbeiten. Daraus kann man eine Tabelle machen und eventuell Punkte vergeben. Dann würde man einen ordentlichen Vergleichswert bekommen.

Was das Thema Lithium-Akkus bei Fahrzeugen betrifft, bin ich sehr kritisch. Vor allem bei Winterbetrieb, wenn den ganzen Tag die Heizung läuft, glaube ich auch, dass der Akku relativ beansprucht wird. Dieses Thema muss mehr ausgearbeitet werden.
Die gezeigte Tabelle ist für eine Entscheidung zu wenig.

Ich bin nicht gegen eine Anschaffung, aber es benötigt mehr Zahlenmaterial über Betriebskosten und Verwendbarkeit. Gerade jetzt zu dieser eher kalten Zeit wäre es gut das Fahrzeug zu testen, da man sieht ob der Akku hält. Möglicherweise seid ihr dann zum Schluss enttäuscht, weil der Akku aufgrund der genannten Faktoren schnell leer ist.

Der Obmann Ing. Eder: Danke wir haben deine Hinweise aufgenommen.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Ich bin ein sehr geduldiger Mensch aber diese Diskussion verstehe ich nicht. Wir haben bei der letzten Gemeindevertretersitzung, wo wir diesen Punkt als Punkt 19.3, unter dem Thema Anschaffungen dem heutigen Ausschuss zugewiesen haben, bereits angesprochen. Bei der heutigen Sitzung wäre angedacht die Verwendbarkeit und Tätigkeiten zu besprechen.
Aus diesem Grund haben wir heute auch unseren Bauhofleiter als Experten eingeladen und dieser erläuterte welche verschiedenen Bauhoffahrzeuge genutzt werden.
Dieser Argumentation, lieber Kollege Wenzl, kann ich leider nichts abgewinnen, da wir unter Punkt 19.2 ebenso ein Fahrzeug für den Bauhof angeschafft haben und zwar der Bauhofbus. Da hat es die Diskussion warum wir genau diesen nehmen oder warum nicht einen anderen, nicht gegeben und es ist auch einstimmig beschlossen worden.

Also ich denke nicht, dass wir jetzt anfangen sollten, jeden einzelnen Punkt, in Vorbereitung von den Experten und Mitarbeitern des Amtes, nochmalig diskutieren zu müssen. Die Fragen bezüglich der Tätigkeiten mit dem Fahrzeug finde ich in Ordnung, aber das Ausrechnen von verschieden Parametern wird sehr mühsam.
Bitte auch nicht von Sitzung zu Sitzung zu tragen, da wir jedes Mal immer wieder dieses Thema verschieben müssen. Dann sitzen wir bei der Sitzung im Jänner oder März immer noch da, aber irgendwann müssen wir eine Entscheidung treffen.
Ich hätte gerne, dass wir über die verschiedenen Modelle diskutieren und vor allem, ob es ein Elektrofahrzeug oder ein treibstoffbetriebenes Fahrzeug werden soll. Das hätte man uns auch in der Vorbereitung mitgeben können, dann hätten wir länger für die genannten Informationen Zeit gehabt.

GV Oberer: Die Frage ist, ob man als Gemeinde eine Förderung für die Anschaffung eines Elektroautos bekommt.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Nein, Gemeinden bekommen keine Förderungen.

Stadtrat Wenzl: Ja, wir haben einen Bus beschlossen, aber dieser ersetzt einen anderen Bus. Da wird etwas ausgetauscht. Der Bauhoffloh wie mittlerweile alle wissen, war ein Geschenk und wurde damals nicht gekauft.
Da auch angedacht ist, dass der Kollege mit dem F-Führerschein das Fahrzeug fährt, heißt das, man muss das Fahrzeug runtertypisieren oder es steht generell nicht zur der Debatte.
Ich denke schon, wenn wir im Vorfeld diese Informationen bekommen hätten, dass wir uns kurzgeschlossen hätten. Leider sehe ich diese Unterlagen das erste Mal und damit muss ich jetzt diese Dinge von mir geben.

Der Obmann Ing. Eder: Den jetzigen Floh kann man nicht mit dem neuen Vergleichen, da die letzten Jahre viele Tätigkeiten dazugekommen sind und vieles erweitert worden ist. Das 1:1 vergleichen zu können, geht nicht.

GV Wimmer: Man kann es nicht vergleichen, da dieser 2 Tonnen hat und zwar ungeladen, laut meinem Prospekt. Bezüglich der Batterie kann man alle Informationen erfragen. Der Händler kann sicher beantworten wie lange die Lebensdauer oder auch die Laufzeiten im Sommer und Winter sind.

Der Obmann Ing. Eder: Ich kann gerne aus dem Datenblatt des Fahrzeuges zitieren, wenn ich mir hier den Goupil G4 mit 12 kWh anschaue, hat man hier eine Reichweite von 135 Kilometer, eine Ladedauer von 5,3 Stunden.

GV Wimmer: Es muss aber Erfahrungswerte geben wie sich die Batterie im Winter verhält, wenn es zum Bespiel minus 25 Grad hat, nicht das wir danach draufkommen, dass nach einem halben Tag geladen werden muss. Das lässt sich alles erfragen. Die Lachen uns aus, wenn wir ein Auto bestellen und dann stehen wegen der Batterie.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Nochmals, der Bauhof hat sich damit auseinandergesetzt und auch unsere Mitarbeiter im Amt und da ist man zu der Entscheidung gekommen, das wir als Wunschfahrzeug das Elektroauto wählen.
Wenn wir aufgrund der Kosten nicht das Elektrofahrzeug wollen, wie ich höre sind es ja nicht nur die Kosten, sondern auch Befürchtung das Elektrofahrzeuge nicht so gut sind wie nicht Elektrofahrzeuge, dann kann man auch einen Diesel nehmen, wie zum Beispiel den John Deer.

GV Weissenböck: An dieser Stelle muss ich mich melden, wir sind eine Klimabündnisgemeinde. Es gibt ja die Absicht der Gemeinde in das M5 Programm einzusteigen und da werden genau solche Parameter bewertet. Man sollte das schon auch mit einer gewissen Vorbildwirkung sehen. Natürlich ist die Investition mit Mehrkosten verbunden, aber das ist bei Elektroautos nun mal so, obwohl die auch immer billiger werden. Die Befürchtung bezüglich der Batterie ist klar, es ist bekannt, dass im Winter, wenn die Heizung voll aufgedreht ist, der Akku mehr verliert.
Für mich sind die 135 Kilometer entscheidend, damit meine ich, ob die zu erledigenden Tätigkeiten machbar sind oder ob ich bei meiner Arbeit dadurch behindert werde. In unserem kleinen Gemeindegebiet, kann man sicher mit 100 Kilometer gut arbeiten.

Bauhofleiter Brandstätter: Haupttätigkeit wäre das Entleeren der Mistkübel und im Winter ist auch nicht so viel Müll wie im Sommer.

GV Weissenböck: Ich plädiere schon darauf, dass man den Schritt wagt. Es sind ja keine Produkte die völlige Blindgänger sind.

Stadtrat Jäger: Ladezeit haben wir gesagt um die fünf Stunden, dann kann man das Fahrzeug jede Nacht aufladen.

Stadtrat Wenzl: Wenn man sich ein neues Auto kauft, fährt man es vorher auch Probe und kauft nicht einfach eines aus dem Katalog.
Ich denke schon, dass es für euch gut wäre, die zwei in der engeren Auswahl stehenden Fahrzeuge, zu testen. Wenn man eine Maschine hat, soll man sie vorher einmal getestet, gefahren und im Einsatz gehabt haben. Ich denke nicht das der Akku retourniert beim hinunter fahren eines Berges. Warum lässt man sich das Fahrzeug nicht einfach für einen Tag zum Testen liefern, um zu schauen wie es passt. Das kann ich dann auch vor der Gemeindevertretung vertreten.

Bauhofleiter Brandstätter: Dann kommen wir nie zu einer Entscheidung, wenn wir auch noch die ganzen Fahrzeuge testen sollen.

Stadtrat Wenzl: Hättet ihr uns das vor drei oder vier Wochen gesagt, dass das heute so wird, dann hätten wir sicher zurückgemeldet, dass ihr die Fahrzeuge Probe fahren solltet.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Erstens sind wir so auseinander gegangen bei der letzten Sitzung, dass wir zusätzliche Angebote einholen, das heißt ihr habt gewusst, dass heute mehrere Angebote gezeigt werden.

Zweiter Punkt ist, dass heute prinzipiell nochmals diskutiert wird, ob wir so ein Fahrzeug brauchen oder nicht.

Die Argumentation war, da die Kosten ja höher sind als bei einem klassischen Bauhoffloh und warum brauchen wir den. Da die Expertise von unseren Kollegen in die Richtung geht, durch die verschiedensten Vorteile, dass wir entweder das Elektrofahrzeug Coupil G4 oder wenn nicht Elektro, dann diesen John Deer Gator, das haben wir heute zur Diskussion.

Wenn jemand vorab Informationen haben möchte, bitte ich um einen Anruf.

GV Wimmer: Man muss nur bei Binder anrufen und fragen, wie das mit der Batterie ist etc., das ist ein Anruf von höchstens 10 Minuten.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Ich verstehe die Mentalität nicht. Wenn der Wunsch dieser Detailfragen vorab durch die einzelnen Fraktionen besteht, dann müsste man uns sagen, bitte ladet die Experten ein. Wenn wir in Zukunft jeden Punkt auseinander diskutieren wollen, werden wir nicht weiterkommen. Ich bin nicht sauer wegen der Diskussion an sich, sondern weil wir so einfach nicht vorwärtskommen. Wir sind ein Arbeitsgremium in dieser Runde und ich freue mich über Diskussionen aber nur, wenn sie wirklich einen Sinn haben.

Stadtrat Wenzl: Wir haben ein tolles Infoportal Session Net, das leider außer mit der Anberaumung, mit nichts befüllt wird. Wenn die Angebote der Firma Binder Anfang Oktober kommen, könnte man diese Informationen reinstellen und wir könnten darauf reagieren. Diese Angebote der Firma Binder sind sicher schon über drei Wochen im Haus und da hätte man diese Informationen auch ins Session Net stellen können.
Nachdem wir die Informationen hier zum ersten Mal sehen, werden wir natürlich hier darauf reagieren.

GV Maier: Meine Meinung dazu ist, dass es sehr wohl Firmen gibt, die sich Autos kaufen bevor sie Probegefahren werden. Wir haben uns damals einen neuen Peugeot Boxer geholt, haben diese bestellt und die Sache war erledigt.
Ich gehe davon aus, dass wenn ich mir ein nagelneues Produkt kaufe, es funktioniert. Die Fahrzeuge werden ja getestet bevor die auf den Markt kommen. Meine Meinung ist, auch wenn ich als beratende Funktion hier sitze, dass diese Diskussion nicht nötig ist. Der Preis ist günstiger geworden, vielleicht gibt es hier eine Möglichkeit weiter zu verhandeln. Fakt ist, wenn der Bauhof

sagt, sie brauchen dieses Fahrzeug und möchten dieses für die Arbeit haben, dann bitte machen wir es ihnen nicht so schwer. Die Frage ist, wie lange das Fahrzeug in Betrieb ist.

Bauhofleiter Brandstätter: Den gesamten Tag, außer der Pause und Mittag.

GV Maier: Fünfeinhalb Stunden ist Ladezeit, kommt mir auch etwas Lange vor.
Wenn ich bedenke, dass das Fahrzeug auch während der Arbeitszeiten steht, dann muss ich schauen wo die nächsten Ladestationen sind. In Ziegelhaiden ist eine und auch beim Park &Ride Parkplatz beim Bahnhof. Ich bin der Meinung, dass das funktionieren wird.

Bauhofleiter Brandstätter: Während der Arbeit steht das Fahrzeug auch, wie zum Beispiel beim Ausleeren der Mistkübel. Es steht dann auch wieder 15 Minuten oder länger.

GV Maier: Wenn man sieht, dass der Akku schwach ist, kann man das Fahrzeug ja kurz zum Aufladen anstecken.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Ich habe noch einen Punkt zur Geschäftsordnung. Wir haben in diesem Gremium eine Geschäftsordnung, wo verankert ist, wie wir miteinander arbeiten. In der Geschäftsordnung ist klar verankert, dass es vorab keine Unterlagen gibt, weil es ein Arbeitsgremium ist. Bitte nochmals, falls wer Informationen will, kann gerne jeder mit mir in Kontakt treten. Falls jemand die Geschäftsordnung ändern möchte, kann jeder einen Antrag stellen.

Der Obmann stellt den Antrag, der Gemeindevertretung die Anschaffung des Elektrofahrzeuges für den Bauhof zu empfehlen.

Offene Abstimmung (7 Ausschussmitglieder anwesend): 5 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen (Stadtrat Wenzl, GV Wimmer).

- Bauhofleiter Brandstätter verlässt die Sitzung um 19:37 Uhr

4. Bebauungsplan Marktstraße (Gasthof Traube)

Der Obmann Ing. Eder bittet Dipl.-Ing. Zeller und aus dem Gestaltungsbeirat Architekt Dipl.-Ing. Genböck den Tagesordnungspunkt 4 zu erläutern und zu erklären.
Im letzten Gestaltungsbeirat haben wir eine Begehung zum ehemaligen Gasthof Traube gemacht. Wir haben im Gestaltungsbeirat intensiv darüber gesprochen was auf diese Liegenschaft eigentlich möglich ist. Wir haben Herrn Dipl.-Ing. Zeller gebeten sich den Bebauungsplan in diesem Bereich zu überlegen, damit die Herrschaften wissen, was auf dieser besagten Liegenschaft alles möglich ist.

Dipl.-Ing. Zeller: Präsentiert den Plan mittels Beamer (siehe Beilagen Tagesordnungspunkt 4 Bebauungsplan Marktstraße (Gasthof Traube)).

Gasthof Traube ehemals im Bebauungsplan, heißt aber jetzt Marktstraße/Salzburger Straße. Die Aufgabe die mir mitgegeben wurde, war hier ein anspruchsvoller bebaulicher Vorentwurf und um hier einiges festzulegen.

Sie sehen hier das wir zwei Teilgebiete haben und zwar das südliche Teilgebiet 2 und das nördliche Teilgebiet 1. Die sich durch die Festlegung der Höhe unterscheiden. Wir haben was die Bebauungsgrundlagen anbelangt hier entlang der Marktstraße bzw. der Salzburger Straße eine Straßenfluchtlinie, die im Bereich entlang der Marktstraße mit der Baufluchtlinie zusammenfällt.

Für diejenigen die neu sind im Ausschuss, darf ich das nochmals kurz erläutern, die Baufluchtlinie ist jene Linie an der mit oberirdischen Baukörpern herangebaut werden kann aber nicht muss. An diesem Bereich kann also bis an die Straßenfluchtlinie herangebaut werden, muss aber nicht. Es könnte auch sein, dass ein Baukörper wie jetzt im Bestand, weiter abrückt.

Das gleiche gilt im südöstlichen Bereich entlang der Salzburger Straße, auch hier fallen die Straßenfluchtlinie und die Baufluchtlinie, wie auch bei dem bestehenden Gebäude, zusammen. Es könnte aber auch abgerückt werden, das heißt es gibt keine Anbauverpflichtung.
Die Baufluchtlinie macht hier einen Knick, das ist die gedachte Verbindung der Eckkante des Bestandobjektes mit der nordöstlichen Ecke des Trafogebäudes, das bedeutet, dass sich der Raum zum Park etwas öffnet. Der Bereich zwischen den zwei Baugrenzlinie so markiert, dass dieser Bereich frei bleiben soll. Hier soll ein Raum für die Nutzung als Gastgarten erhalten bleiben.

Zur Salzburger Lokalbahn haben wir noch eine 12 m lange Baufluchtlinie, das ist ein Bauverbotsbereich der von der Eisenbahn vorgegeben ist. Der Fußweg der in der Westseite des Planungsgebietes besteht, soll auch weiterhin erhalten bleiben und ist auch was die Besitzverhältnisse anbelangt nicht Teil der beiden Grundparzellen. Wir haben von der Widmung her Kerngebiet mit der Kennzeichnung Lärm, dass ist die Lärmbelastung die entlang der Salzburger Straße besteht. In weiterer Folge sind im Bauverfahren Lärmschutzmaßnahmen vorzuschreiben.

Wir haben von der Ausnutzbarkeit her eine GRZ Grundflächenzahl von 0,5, das heißt also das 50% des Bauplatzes bebaut werden dürfen. Wir haben insgesamt einen Bauplatz von 1612 m² und eine bebaubare Fläche von 936 m² und dies entspricht einer GRZ von 0,6.

Ich hätte vorgeschlagen nicht den gesamten möglichen Bereich zu bebauen, sondern einer GRZ von 0,5 und einer bebauten Fläche von 806 m². Als Festlegung für die Traufenhöhe haben wir uns die Umgebung angeschaut und mein Vorschlag wäre das wir in etwa im südlichen Bereich eine 2-geschoßige Bebauung plus der Möglichkeit eines Ausbaus des Dachgeschoßes und im nördlichen Bereich zum Stadtpark hin eine 2-geschoßige Bebauung, da aufgrund der Novelle des Raumordnungsgesetztes seit dem 01.01.2018 die Höhe von Baukörpern im Bebauungsplan nicht mehr mit der Geschoßzahl angegeben wird, sondern mit Traufenhöhen, ist hier eine Traufenhöhe mit einer Absoluthöhe gelöst.

Wir bewegen uns auf der Höhe des Geländes im südlichen Bereich bei einer durchschnittlichen Höhe von 400,6 m und im nördlichen Teilgebiet bei einer Höhe von 400,5 m. Diese 10 cm Unterschied habe ich zusätzlich einfließen lassen.

Für eine 2-geschoßige Bebauung habe ich eine Traufenhöhe von 6,5 m und für das zusätzliche Dachgeschoß ca. 1,50 m dazu, womit wir dann bei den 408,6 angelangt sind. Die 1,5 m Dachgeschoß ist ein Erfahrungswert der sich aus dem früheren Baurecht heraus ergibt, sodass ein Dachgeschoß einen Kniestock von 1,60 m hat.

Es ist eine offene Bauweise, freistehend oder gekuppelt. Wir haben eine Dachneigung von mindestens 7,5 Grad und wurde vom angrenzenden Bebauungsplan Stadtzentrum übernommen.

Von der Dachform her wäre mein Vorschlag ein Sattel- oder Walmdach. 2 Stellplätze pro Wohneinheit wurden gerechnet und für alle anderen Nutzungen, sprich Büronutzung oder allfällige andere Nutzungen, gibt es Festsetzungen im Baurecht und sind somit auf die Fläche zu rechnen. Zum Abschluss noch eine zwingende Festlegung, dass der Gestaltungsbeirat mit dem Bebauungsplan bzw. in nachfolgender Weise mit den Bauten zu befassen ist und eine weitere besondere Festlegung bezieht sich auf den Lärmschutz.

Der Obmann Ing. Eder bittet um Meinung des Obmannes des Gestaltungsbeirates Herr Dipl.-Ing. Genböck.

Dipl.-Ing. Genböck: Grundsätzlich ist das eine sehr gute Arbeitsgrundlage. Ich möchte nur, dass man die Vorgabe aus dem Bebauungsplan nicht zementiert oder sofort beschließt. Wenn es Überschneidungen gibt den Altbestand herauszuschälen und den Neubestand dazuzustellen, dann sollte man ein bisschen beweglich bleiben.

Dipl.-Ing. Zeller: Die Frage ist, ob man mit einem Bebauungsplan der erweiterten Grundstufe arbeiten sollen, der in weiterer Folge projektbezogen ist.

Dipl.-Ing. Genböck: Ich kann mir vorstellen, diesen Entwurf und eine Empfehlung den Einschreitenden mitzugeben, dass das nicht in Stein gemeißelt ist. Die äußeren Bedingungen ja und die inneren Bedingungen nicht. Wichtig auch wie mit dem Altbestand qualitativ umgegangen wird und die zwei Bauplätze zueinander geordnet werden.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Das heißt wir würden diesen Bebauungsplan jetzt nicht beschließen, sondern, diesen Entwurf an die Bauherren weitergeben.

Dipl.-Ing. Genböck: Diese starkpunktierte Linie in der Mitte durch, kann etwas weicher werden. Alle anderen Bedingungen stehen.

Der Obmann Ing. Eder: Wenn der Entwurf an die Bauherren weitergeben wird, dann startet die kreative Phase und im nächsten Bauausschuss können wir sicher mit den Herrschaften darüber diskutieren.

GV Wimmer: Im letzten Gestaltungsbeirat haben wir einen Entwurf bekommen und wenn wir den auf diesen Plan legen, würde es nicht machbar sein. Wenn ich mir die Bebauungslinie der Salzburger Straße ansehen, ist im Entwurf vom Einschreiter das parallel zum Straßenverlauf, dass der Gestaltungsbeirat als positiv empfunden hat, dann wäre das hier nicht möglich.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Wenn man sich die Pläne anschaut, gibt es aber auch zwei verschiedene Varianten. Im Schwarzplan wurde es so dargestellt und im Plan an sich wurde es anders dargestellt.

Dipl.-Ing. Genböck: Man kann auf diese Linie doppelt reagieren. Fix ist die westliche Grundgrenze beider Bauplätze mit der Begrünung und dem Gehweg. Das was der Herr Dipl.-Ing. Zeller gemeint hat, ist erkennbar und werden wir so mitnehmen.

GV Weissenböck: Ich habe der Diskussion nicht ganz folgen können, heißt das der einzige Unterschied zwischen diesen beiden Planungsgebieten ist die Bauhöhe, ansonsten gibt es keinen Unterschied.

Dipl.-Ing. Zeller: Richtig, der einzige Unterschied ist die Höhe.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Was der Herr Architekt Genböck meint ist, dass wir uns noch nicht fix binden sollen, sondern wenn wir im Zuge des Prozesses draufkommen, dass vielleicht das eine oder andere anders zu adaptieren wäre. Ich würde heute gerne eine Empfehlung des Gremiums abgeben, dass es in eine Richtung gehen soll. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir jetzt erstmalig einen Bebauungsplan für dieses Gebiet haben und es ist doch eine sehr besondere Immobilie.

GV Weissenböck: Wir haben im Gestaltungsbeirat über den Stellplatzschlüssel gesprochen und der kann ja abgeändert werden und seitens des Einschreiters war der Wunsch da, aufgrund der vorhandenen Flächen, dass man darüber vielleicht diskutiert.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Wichtig festzuhalten ist, dass wir über die Anzahl der Stellplätze für die geplanten Wohneinheiten diskutieren können. Was wir jedoch nicht diskutieren können, sind die Stellplätze für die restlichen Flächen. Ich warne davor, wenn wir die Diskussion führen, dass wir diesen Bebauungsplan gegenüber anderen Objekten argumentieren müssen.

GV Weissenböck: Wir sind hier wirklich im unmittelbaren Bereich der Lokalbahnhaltestelle, das heißt es lässt sich schon fachlich begründen, dass man Stellplatzschlüssel dort mit 1:2 geringer macht.

Der Obmann Ing. Eder: Darüber können wir bei einer anderen Sitzung diskutieren. Bei diesem Projekt wissen wir noch keine Zahlen der Parkplätze, aber über das Thema generell können wir sehr gerne diskutieren.

Stadtrat Wenzl: Bei diesem Projekt werden sicher die Parkplätze ein Schlüsselpunkt sein. Die Frage ist, da es auch vorher ein Gastbetrieb war, die alten Genehmigungen jetzt auch noch gelten oder werden diese neu festgelegt.

Dipl.-Ing. Genböck: Zu dem Bestand sind keine Bestandsparkplätze vorhanden und bleiben nicht vorhanden, das heißt sie sind anrechenbar.

Stadträtin Schösswender: Die Frage ist, wie viele das sind.

Dipl.-Ing. Genböck: Das habe ich nicht ausgerechnet, es kommt darauf an wie viele Sitzplätze und gewerbliche Flächen im Erdgeschoß sind. Man muss schauen wie viele Parkplätze dieses Objekt bindet und die brauchen wir nicht nachweisen.

Stadträtin Schösswender: Es hat nach meinem Wissensstand auch Wohnungen gegeben, ich glaube mindestens 2 über dem Gasthaus, die sind dann ja auch miteinzukalkulieren.

Dipl.-Ing. Zeller: Wir machen einen neuen Bebauungsplan, aufgrund dessen ist eine neue Bauplatzerklärung und eine neue Baubewilligung notwendig und das Baupolizeigesetz sagt uns ganz klar wie viele Stellplätze pro „was" notwendig sind. Also pro Wohneinheit wären es mindestens 1,2 gemäß dem Baurecht, die Stadtgemeinde Oberndorf sagt aber 2 pro Wohneinheit und die restlichen sind ganz klar geregelt. Diese sind entweder am Bauplatz oder in 300 m Entfernung nachzuweisen. Es gibt also nicht wirklich viel zu diskutieren, außer der Stellplatzschlüssel.

Stadtrat Wenzl: Es gibt die Möglichkeit von Ausgleichsabgaben und natürlich durch verschiedenste Maßnahmen, wie auch Car Sharing. Ich denke hier kann man kreativ bei den Lösungen sein kann. Das Auflösen unserer Stellplatzschlüssels kann ich nicht bejahen.

Der Obmann: Dann würde ich die Vorschläge unserer Experten aufnehmen und sagen, dass wir den Entwurf des Bebauungsplans an die Bauherren weitergeben, um die weitere Planung fortsetzten zu können.

Der Obmann stellt den Antrag, den Entwurf des Bebauungsplanes an die Bauherren weiterzugeben, um die weitere Planung fortsetzten zu können.

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): wird einstimmig genehmigt.

- GV Dietmar Prem verlässt die Sitzung um 20:06 Uhr

5. Planungskostenbeitragsverordnung

Der Obmann Ing. Eder berichtet, dass beim letzten Bauausschuss bereits angeregt darüber diskutiert und gesprochen wurde und übergibt das Wort an den Bauamtsleiter Müller.

Bauamtsleiter Müller präsentiert mittels Beamer die Planungskostenbeitragsverordnung (siehe Beilage Planungskostenbeitragsverordnung)

Im Wesentlichen haben wir die Verordnung das letzte Mal vorgestellt und im Prinzip ist es das gleiche geblieben, mit der einzigen Ausnahme, dass beim vereinfachten Verfahren dieser Abschlag wirksam wird. Dieser war im alten Raumordnungsgesetz schon mit 5.000 m² beschränkt. Im neuen Raumordnungsgesetz gibt es den Begriff vereinfachtes Verfahren nicht mehr, sondern es zielt einfach nur mehr auf die 5.000 m² ab und das haben wir hier richtiggestellt. Ansonsten ist es das gleiche wie das letzte Mal und hat sich soweit nichts geändert. Die Unterlagen wurden alle verteilt, so wie es gewünscht war.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Obmann die Empfehlung, der Gemeindevertretersitzung diese Unterlagen weiterzugeben.

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): wird einstimmig genehmigt.

6. Abbrennverbot von Silvesterfeuerwerken

Der Obmann Ing. Eder berichtet, dass es bei diesem Punkt um eine Meinungsfindung geht und daher erstmals die Silvesterverordnung vorgelesen wird.

Der Obmann zitiert aus der Silvesterverordnung: „Gemäß § 38 Abs 1 des Pyrotechnikgesetzes 2010 – PyroTG 2010, BGBl I 131/2009, wird verordnet: In der Zeit vom 31. Dezember 2018, 12.00 Uhr, bis 1. Jänner 2019, 1.00 Uhr, wird die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Klasse F2 für das gesamte Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Oberndorf bei Salzburg - ausgenommen im Umkreis von 250 Metern um das allgemeine öffentliche Krankenhaus sowie um das Seniorenwohnhaus St. Nikolaus – gestattet."

Das heißt einen Tag im Jahr erlauben wir das Schießen von Feuerwerken. Zur allgemeinen Meinungsfindung ist es auch so, dass unsere Kollegen aus Laufen einen Beschluss gefasst haben, dass aufgrund von Brandgefahr im Bereich der Altstadt ein Feuerwerksverbot verordnet wurde. Im Bereich vom Gasthaus Greimel bis zur Kirche wird das Feuerwerk schießen verboten sein, in allen anderen Stadtgebieten von Laufen ist es weiterhin erlaubt.

GV Wimmer: Wenn es nur Silvester wäre, dann wäre es kein Problem aber die meisten fangen schon zwei Wochen vorher an.

Der Obmann Ing. Eder: Es ist 364 Tage im Jahr verboten und an einem Tag ist es erlaubt.

GV Wimmer: Das Problem ist wie exekutiert man ein Nichteinhalten. Verbieten für heuer ist sowieso nicht möglich, da wir auch zwei Händler in Oberndorf haben und diese werden sich sicher schon mit Ware eingedeckt haben. Die Frage ist wie andere Orte mit der Exekution umgehen.

Der Obmann Ing. Eder: Wenn wir darüber diskutieren sowieso früh genüg, dass wir sagen, wir nehmen uns das für das Jahr 2020 vor.

Stadträtin Schösswender: Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass ein Feuerwerk mit Tradition in unserem Land zu tun hat. Silvester ohne Feuerwerk kann sich wahrscheinlich niemand vorstellen. Ich bin aber offen für moderne Zugänge dazu. Grundsätzlich eben Einschränkung der jetzt-gestatteten Uhrzeiten, das man sagt, man fängt später an, um auch den Tierbesitzern oder denen die den Klimaschutz sehr stark forcieren, ein bisschen entgegenzukommen. Ich halte es aber für gefährlich, wenn wir uns etwas überlegen, was letztlich unter Umständen zahnlos ist. Wenn wir keine Sanktionsmöglichkeit haben, sollten wir es lassen wie es ist.

GV Weissenböck: Der Herr Gemeindeverbandspräsident Günter Mitterer Bürgermeister von St. Johann sagt, dass er als Gemeindeverbandspräsident ein Feuerwerksverbot haben möchte. Zitat aus einem Artikel „Das Verbot privater Feuerwerke ist sehr wünschenswert, sagt Gemeindeverbandspräsident Günter Mitterer – ÖVP. Der Gemeindeverband würde das sofort unterstützen, auch wenn ein Verbot schwer durchsetzbar ist bzw. schwer kontrollierbar ist."

Ich denke, dass das schwer durchsetzbar ist und auch schwer kontrollierbar ist. Strafen sind möglich bis zu € 3.600. Wie man das handhabt weiß ich nicht, aber grundsätzlich die Tendenz und die öffentliche Meinung geht in Richtung das diese Knallerei, in dem Ausmaß, eigentlich nicht mehr sehr zeitgemäß ist. Für viele Menschen und Tiere ist es eine extreme Belastung. Wir als Grüne würden uns schon stark dafür einsetzten, dass man über das nachdenkt. Natürlich ist Silvester eine Tradition, aber vielleicht findet man hier eine andere Art der Gestaltung.

Der Obmann Ing. Eder hält fest, dass der Bauhofleiter Brandstätter nicht mehr da ist, da er uns sicher die Menge an Müll nennen könnte.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Ich habe mir die Menge aufgeschrieben und zwar sind es 400 bis 600 Kilogramm, die am 01.01. aufgesammelt werden. Nicht nur Müll vom Feuerwerk, sondern auch Plastikflaschen jährlich.

Stadtrat Jäger: Wenn man genau schaut wo geschossen wird, haben wir verstärkt die Lindach, den Hoferparkplatz und die Brückenstraße und hier sind es sicher keine 250 Meter Entfernung zum Krankenhaus und Altersheim. Wenn man also nach der Verordnung geht, dürfte hier nirgends geschossen werden. Daher die Frage, wie man hier strafen soll.

GV Oberer: Das Einzige das ich anstreben würde ist, dass wir eine Ortstafel haben wo Klimabündnisgemeinde draufsteht, daher finde ich die Firma die im Park auf Gemeindegrund steht und Pyrotechnik an jedermann verkauft und 150 m weiter steht derselbe nochmals in der Galerie, nicht in Ordnung. Er kann gerne auf Privatgrund verkaufen oder so wie jetzt auch in der Galerie. Könnte man für nächstes Jahr sicher einmal andenken, dass sich diese Firma einen anderen Platz suchen sollte.

GV Wimmer: Ich denke, dass ein Verbot nur Sinn macht, wenn es überregional ist. Nicht nur ortsbezogen, sondern der ganze nördliche Flachgau. So müssen auch dementsprechende Informationen rausgegeben werden, auch an die Verkäufer.

Der Obmann Ing. Eder Ich schlage den Regionalverband Nord vor.

GV Weissenböck: Wir haben schon bewiesen, dass wir sehr innovativ sind. Beim Rauchverbot auf Spielplätzen, da sind wir denke ich, die ersten im ganzen Land Salzburg. Ich denke schon, dass wir solche Schritte machen kann, vor allem auch als Vorbildwirkung für andere Gemeinden. Wenn wir sagen, wir bringen es über die Regionalverbandsebene, kann man das natürlich machen. Ich bin nicht der Meinung, dass wir das alleine als Gemeinde nicht machen können, es ist zum Schluss doch immer eine Entscheidung der Gemeindevertretung.

Der Bürgermeister: Das Spannende ist, dass keiner alleine die Entscheidung trifft. Wenn man sich Saalfelden, Seekirchen oder Wals anschaut, da hat es der Bürgermeister nicht mal bei seiner eigenen Fraktion durchbekommen.
Stadträtin Schösswender hat schon richtig gesagt, dass es ein ganz persönliches Thema ist, wo vor allem jeder einen anderen Zugang hat. Es ist total spannend, denn ich tue mir selbst auch schwer, denn einerseits ist es natürlich Tradition und gehört dazu.
Sollten wir ein großes, gemeinsames Feuerwerk machen, fallen wieder die Argumente bezüglich Klima- und Tierschutz weg. Wenn nicht ist die große Frage, wie man exekutiert und sollten wir dem Verkauf im Stadtpark nicht mehr zustimmen, dann kauft man es im beim Hofer in Oberndorf oder bei Lidl in Lamprechtshausen. Das Laufen über diese Punkte wie Knallerei und Feinstaub überhaupt nicht diskutiert haben, sondern wirklich nur über das Thema Brandschutz, finde ich auch sehr interessant.

GV Danner: Es ist wirklich ein schwieriges und emotionales Thema. Man muss natürlich auch überlegen, was man mit Salven der Schiffergarde macht oder auch die Pranger Schützen, die auch bei vielen Veranstaltungen schießen.
Ganz abgesehen davon ist die Frage, wer am 31.12 zwischen 22:00 Uhr und 01.01. 01.00 Uhr kontrollieren geht. Ich halte das für schwer praktikabel. Stadträtin Schösswender hat es schon richtig gesagt, ob die Firma Stampfer im Park oder der Hofer, Spar, Hinterholzer und viele mehr das Feuerwerk anbieten, ist keinesfalls mit Klimabündnis zu vereinen. Theoretisch müsste man sagen, dass der Verkauf in ganz Oberndorf verboten ist und das ist sicher nicht umsetzbar.

Der Obmann Ing. Eder: Ich glaube was GV Oberer gemeint hat war, dass wir das auf Gemeindegrund steuern können. Was der Spar macht, ist sowieso nicht beeinflussbar.

GV Oberer: Da er ja in der Galerie auch steht, muss er ja nicht zwingend im Park auf Gemeindegrund stehen.

Stadträtin Schösswender: Vielleicht kann man die Diskussion in eine andere Richtung lenken. Es geht nicht um die Findung einer Lösung, wo wir wahrscheinlich keine Lösung finden werden. Eine Möglichkeit wäre eine Aufklärungskampagne zu schaffen und da haben wir das Gemeindeblatt als Plattform. Man muss ja nicht nur auf die Verordnung verweisen, sondern ich kann es ausgedehnter erklären und vielleicht auch kindlicher gestalten, sowie auch Kindergärten und Schulen miteinbeziehen.

Stadtrat Wenzl: Ich möchte mich hier gleich anschließen, die Lehrer bekommen in der Vorweihnachtszeit genau diese Verordnung zugeschickt und müssen diese den Schülerinnen und Schülern nahebringen. Bei den Kleineren in Volk- und Hauptschule könnte man genau diese Präventionsarbeit machen.
Ich bin auch gegen diese Überregulierung, wir haben schon eine sehr eng gesteckte Verordnung die nicht kontrollierbar ist. Genau heute war ein Leserbrief in der SN von Herrn Christian Czech und ich zitiere das wertfrei wovon er schreibt: „Fakt ist aber, dass nicht mal flächendeckendes Konsumentenfeuerwerk zu Silvester in irgendeiner Form klimarelevant ist, wenn man sich die jährlichen Co2 und Feinstaubwerte ansieht."

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Ich würde gerne den Vorschlag von Stadträtin Schösswender aufnehmen, dass wir uns überlegen, wie wir den Passus im Gemeindeblatt ergänzen können, wie zum Beispiel mit den Auswirkungen von Feuerwerken.

GV Weissenböck: Man muss auch bedenken, dass die Herstellung von Pyrotechnik mit Kinderarbeit verbunden ist und auch das sollte man natürlich hinterfragen. Es passieren auch immer wieder Unfälle in den Fabriken. Ich weiß, dass Thema ist sehr schwierig und die Frage ist, ob es in der Gemeindevertretersitzung nochmalig besprochen wird.

Der Obmann Ing. Djundja: Der Anstoß für das Thema sind unsere Kollegen aus Laufen.

Der Bürgermeister Ing. Eder: Kurze Erklärung warum wir es heute auf die Tagesordnung gesetzt haben, damit es eben nicht zu einer klassischen parteipolitischen Debatte wird, sondern damit wir in diesen Rahmen ruhig diskutieren können.

GV Weissenböck: Dann wäre mein Vorschlag, dass wir mehr Informationen in das Gemeindeblatt geben. Meine Bitte wäre es schon, dass wir nach Silvester alle zusammenkommen und die zukünftigen nächsten Schritte besprechen. Ich weiß die Lösung auch nicht, muss ich ehrlich zugeben, aber nur ein paar Zeilen im Gemeindeblatt mehr, wird nicht reichen. Das Ziel sollte auf alle Fälle sein, dass es ein wenig eingedämmt wird.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Mein Vorschlag wäre, dass ich es in den Regionalverband mitnehme. Es wäre doch eine tolle Geschichte, wenn man sagt, dass die sieben Gemeinden, eine gemeinsame Diskussion führen. Vielleicht geht nur ein gemeinsamer Weg, denn wir sehen, dass die Gemeinden einzeln daran scheitern und warum scheitern die Gemeinden, weil die Furcht so groß ist, dass man auf Unverständnis der Mehrheit der Bevölkerung stößt.

Stadtrat Wenzl: Im Gemeindeblatt könnte man ja auch diese Kennzeichnung der Sicherheitsklassen abbilden. Man sieht sehr oft, dass Kinder mit Feuerwerkskörpern hantieren, die keinesfalls für Kinder sind. Es gibt auf für kleinere Kinder Feuerwerkskörper, die man auch in der Hand zerplatzen lassen kann oder auch Knallfrösche, aber die großen Raketen gehören keinesfalls in Kinderhände.

Stadtrat Jäger: Das ist sicher ein guter Gedanke für das Gemeindeblatt, aber auch der Hinweis bezüglich der Herstellung durch Kinderarbeit. So kommt vielleicht der Gedanke, was hier gekauft wird und woher es kommt.

GV Oberer: Im Grunde genommen ist es den meisten egal, denn die meisten sagen, sie möchten gerne das Feuerwerk mit den Kindern sehen. Silvester 2000 hatte Oberndorf gemeinsam mit Laufen ein Feuerwerk und war auch super. Ich denke Silvester ist Silvester.

Die Diskussion gab es auch schon bei der Sonnwendfeier, da wurde auch schon darüber gesprochen bei der Brücke mit Pyrotechnik zu arbeiten. Also eines steht fest, wir haben einen Tag im Jahr, das ist Silvester und das sollte das einzige bleiben und keine anderweitigen Feuerwerke für Tourismus etc.
Die Verantwortung liegt schlussendlich bei den Eltern und die meisten denken erst, wenn etwas passiert ist.

GV Maier: Ich stimme auch zu, man sollte alles so lassen wie es war. Eltern haften für ihre Kinder, auch logisch. Ich bin nicht dafür einen Sicherheitshinweis im Gemeindeblatt zu erwähnen, denn es steht ja auch auf jeder Verpackung der Feuerwerkskörper und jeder ist für sein Kind selbstverantwortlich.
Jugendliche aufklären, finde ich gut, vor allem jetzt mit Friday for Future, vielleicht denken sie auch an das Klima.
Man muss die Verordnung so lassen und in Kauf nehmen. Der Regionalverband ist sicher interessant und hier würde ich auch klar zustimmen. Wenn wir als einzelne Gemeinde ein Verbot aussprechen, handeln wir uns bei den Bürgern sicher Ärger ein.

GV Danner: Ich wollte nur kurz ein Erlebnis erzählen, da ich schon viele Jahre im Ausschuss vom Tourismusverband bin und habe dort mehrmals angerengt, dass man das Feuerwerk bei der Sonnwendfeier sein lassen könnte. Ich muss gestehen, nicht wegen der Umwelt, sondern in erster Linie kostentechnisch und zweitens, weil es meiner Meinung nach nicht dazu passt. Ich wurde

jedes Mal schief angeschaut, da es so ein schöner Abschluss der Feuer sei, aber ich finde es keinesfalls passend. Es bestätigt mir auf alle Fälle, dass Feuerwerke sehr beliebt sind.

Stadträtin Schösswender: Kurz zur Sonnwendfeier an der Salzach, würde mir alternativ eine Lasershow mit Drohnen in 3D, einfallen. Es ist sehr beeindruckend, denn man sieht die Leuchtkörper in der Nacht super und es können verschiedenste Formen geschaffen werden, eventuell auch das Logo von Oberndorf oder die Stille Nacht Kapelle.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Erster Punkt ist, dass ich das Thema in den Regionalverband mitnehme. Zweiter Punkt, wäre mir schon wichtig, kein Feuerwerk bei Sonnwend an der Salzach. Es soll einen alternativen Abschluss geben.
Dritter Punkt ist das Thema Aufklärung im Gemeindeblatt, da hätte ich gerne noch zwei Personen, die uns bei der Gestaltung der Seite unterstützen. Ein Drittel der Seite wird die Silvesterverordnung sein und dann wären noch zwei Drittel für die Aufklärungsarbeit frei.
Herr Wimmer und Frau Schösswender werden hier unterstützen.

GV Weissenböck: Zum zweiten Punkt, Feuerwerke die bei Veranstaltungen geschossen werden, finde ich persönlich nicht schlimm. Es dauert 10 bis 20 Minuten und wird von einem Punkt aus professionell gemacht. Schlimmer ist hier sicher Silvester, wo Privatpersonen damit hantieren. Regionalverband finde ich gut. Aufklärung kann sicher auch nicht schaden. Ich helfe auch gerne mit.

GV Danner: Ich wollte nur noch kurz einwerfen, bezüglich Sonnwend an der Salzach, wurde jedes Jahr gejammert, dass es kaum geschafft wurde kostendeckend zu sein und die Kosten des Feuerwerks belaufen sich auf € 20.000 bis € 25.000. Wie gesagt, ich finde es nicht notwendig und passend.

GV Oberer: Was auch interessant wäre sind die Kosten der Müllentsorgung und die Bereitstellung der Arbeitskräfte, ich sage mal eine Hausnummer € 3.000, dann können wir sagen, wir stellen das Doppelte bereit und machen ein großes gemeinsames Feuerwerk. Vielleicht wäre das ein Weg um das traditionelle nicht zu vergessen und um die Bürger nicht zu verärgern.

Stadträtin Schösswender: Der Zugang ist sehr gut und gefällt mir. Ich würde die Diskussion vertagen und schauen, wie es die anderen Gemeinden tatsächlich umgesetzt haben. Schauen wir ob es zahlenmäßig eine Veränderung oder Verbesserung gegeben hat. Der ganze Zugang bringt nur etwas, wenn die Leute selber sagen, dass man recht hat oder aber es wird sich nicht darangehalten und schießen trotzdem.

Der Obmann Ing. Eder: Wir sollten dieses Thema Anfang des nächsten Jahres nochmals diskutieren. Eines möchte ich nochmals ansprechen und zwar ob bei der Sonnwendfeier ein Feuerwerk gewünscht ist oder nicht.

Stadträtin Schösswender: Ich würde an den Tourismusverband eine Empfehlung weitergeben, letztlich muss es der Verband entscheiden und ich würde mir die Entscheidung nicht anmaßen. Es ist ausreichend in unserem Gremium zu sagen, wir empfehlen, den Fokus auf eine Alternative.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Das ist mit unter der einzige Zugang den wir haben, außer man geht einen Schritt weiter, denn schlussendlich genehmigen wir die Veranstaltungsstättengenehmigung und müssen somit auf das Feuerwerk nicht freigeben. Deshalb ist es so wichtig vorab diese Empfehlung dem Tourismusverband weiterzugeben.

Stadtrat Wenzl: Ich weiß nicht, ob wir so weit gehen sollten und die Veranstaltungsgenehmigung vom Feuerwerk abhängig zu machen. Der Tourismusverband wird aus finanzieller Sicht entscheiden müssen, ob es ein Feuerwerk gibt oder eben nicht.

7. Allfälliges

Der Obmann Ing. Eder: Von meiner Seite sind keine Punkte vorgesehen.

GV Maier: Mir ist letztes Jahr Silvester im Bereich der Länderbrücke aufgefallen, dass ab Mitternacht, die Autos im Schritttempo gefahren sind und keine Polizei präsent war. Sicherheitstechnisch ist das unvorstellbar.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Die Brücke ist nicht gesperrt und somit muss die Polizei auch nicht vor Ort sein. Ich gehe davon aus, dass es keine Möglichkeit für eine Sperre gibt, sowie auch in der Stadt Salzburg. Demnächst ist der Bezirkshauptmann hier und werde dieses Thema ansprechen.

GV Oberer: Genehmigung bezüglich Brückensperre ist nicht möglich, da es keinen offiziellen Veranstalter gibt. Polizei ist deshalb nicht da, weil sie jeden strafen müssten der ein Feuerwerk zündet, da das Abschießen in Wohngebieten verboten ist. Laut Pyrotechnikgesetz ist in engen Wohnbereichen, dass abschießen von Pyrotechnik verboten.

GV Weissenböck: Ich habe noch einen anderen Punkt für Allfälliges und zwar wurde bei der letzten Gemeindevertretersitzung über die Erweiterung der Hoferfläche gesprochen und hier habe ich kurz angemerkt, dass mir aufgefallen ist, dass der Kollege Zeller die Umwelterheblichkeitsprüfung durchgeführt hat. Diese hätte weder sein müssen, noch sein sollen. Nach Diskussion der Planungskostenbeitragsverordnung von heute, möchte ich darauf hinweisen, dass man das mit ihm nochmalig klärt. Es sind alles Kosten, die von ihm an die Gemeinde verrechnet werden.

Der Bürgermeister Ing. Djundja: Kurz zusammengefasst haben wir das Thema auf der Agenda der nächsten Gemeindevertretersitzung und dort wird es eine Antwort geben.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Obmann die Sitzung um 20.53 Uhr.

Die Schriftführerin:

L.M. Vörös

Lisa-Marie Vörös

Der Obmann:

Vizebürgermeister Ing. Josef Eder